

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 15 20-0  
Telefax: 8 88 848 ppbn  
Telefax: (0228) 9 15 20-12

## Inhalt

Professor Dr. Uwe Jens MdB  
zum öffentlichen Streit zwi-  
schen VW und Opel: Der Wirt-  
schaftsminister ist gefragt.

Seite 1

Dr. Edith Niehuis MdB zu den  
geplanten Kürzungen beim Zi-  
vidienst: Mit Kürzungen beim  
Zivildienst verschärft die Re-  
gierung den Sozialabbau.

Seite 2

Reinhard Klimmt und Dr. Peter  
Glotz MdB zu einem Aktions-  
programm der Kommission  
Medienpolitik beim SPD-Par-  
teivorstand: Die neue Lage auf  
dem Medienmarkt.

Seite 2

Karin Junker MdEP zur  
Frauenpolitik der Sozialdemo-  
kratischen Partei Europas  
(SPE): Frauen müssen ihre  
Macht begreifen.

Seite 4

48. Jahrgang / 143

30. Juli 1993

### Der Wirtschaftsminister ist gefragt!

Zum zunehmenden öffentlichen Streit zwischen VW und Opel

Von Professor Dr. Uwe Jens MdB

Wirtschaftspolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Diesmal bestreken offenbar die Manager der Automobilindustrie von VW und Opel das notwendige Sommertheater. Bei dem öffentlichen Streit zwischen den beiden renommierten Autoherstellern handelt es sich auch nicht um eine besondere Variante des Wettbewerbs. Die Publicity-Effekte sind kontraproduktiv.

Es wäre gut, wenn die Sache bald beendet wird. Von der "Schlammschlacht" kann weder Opel noch VW profitieren; sie belastet jedoch die deutsche Automobilindustrie und möglicherweise bald die ganze Volkswirtschaft. Die Automobilhersteller in Japan und in den USA werden das Verwirrspiel mit Freude verfolgen. Die Aktionäre, zumindest von VW, werden darunter langfristig leiden. Aber vor allem geht es um die Frage: Haben die Verantwortlichen in der Automobilindustrie nichts Besseres zu tun? Bei den Montagefirmen und in der Zuliefererindustrie werden zigtausende von Arbeitsplätzen abgebaut. 80 Prozent der Probleme in der deutschen Industrie sind nach Aussagen von Herrn Piech Managementfehler - und dann dieses Sommertheater.

Angesichts der Gefahr einer Eskalation müssen die Streithähne an einen runden Tisch. Hier ist Vermittlung gefragt von einer neutralen Person, notfalls vom Bundesminister für Wirtschaft.

(-/30. Juli 1993/ks/ks)

\*\*\*\*\*

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217, 53113 Bonn  
Postfach 12 04 08, 53046 Bonn

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement, Preis DM 82,50 mit  
zuzügl. MwSt. und Versand.

Frei-Bücher-Übergang  
zum wasserfreien Recycling-Papier



**Mit Kürzungen beim Zivildienst verschärft die Regierung den Sozialabbau  
Der Zivildienst wird neben der Arbeitslosenhilfe zum wichtigsten Kürzungsposten**

**Von Dr. Edith Niehuls MdB  
Vorsitzende des Bundestagsausschusses für Frauen und Jugend**

Nach der ersten klammheimlichen Kürzung beim Mobilen Sozialen Hilfsdienst und der Kürzung des Entlassungsgeldes im Rahmen des Zivildienstes plant die Bundesregierung für 1994 und 1995 eine weitere Kürzung, die ihresgleichen im Bundeshaushalt suchen muß:

Bis 1995 soll der Etat für Zivildienst um 30 Prozent, 570 Millionen DM, zusammengestrichen werden, zunächst zu Lasten der Träger von Zivildienststellen, letztendlich aber zu Lasten der auf Hilfe angewiesenen alten, behinderten und pflegebedürftigen Menschen. Denn überdeutlich sagen die Träger von Zivildienststellen, die Wohlfahrtsverbände, daß sie diese Kürzungen nicht aus eigenen Mitteln ausgleichen können.

Damit wird der Zivildienst neben der Arbeitslosenhilfe zum wichtigsten Kürzungsposten der Bundesregierung - eine weitere gigantische Kürzung zu Lasten des sozialen Bereiches.

Mit dieser Kürzungsmaßnahme wird erneut deutlich, wie sehr der Zivildienst ein ungeliebtes Kind der CDU/CSU/FDP-Bundesregierung ist. Sie verfuhr stets nach dem Motto, den jungen Leuten die Wahl für den Zivildienst gegen den Wehrdienst so weit wie möglich zu erschweren. Nun wird den Trägern zusätzlich jeglicher Anreiz genommen, Zivildienstplätze zu schaffen.

Aus diesem Grunde besteht die Bundesregierung nach wie vor darauf, daß der Zivildienst mit 15monatiger Dauer um drei Monate länger dauert als der Wehrdienst. Würden die CDU/CSU und FDP-Fraktionen den Antrag der SPD-Bundestagsfraktion mittragen, die Dauer des Zivildienstes der Wehrdienstzeit anzupassen, dann ginge es nicht nur gerechter zu, sondern der Bundeshaushalt würde ebenfalls erheblich entlastet. Eine weitere sinnvolle Sparrmaßnahme wäre die Abschaffung der Prüfungsverfahren durch die Bundeswehrverwaltung.

Doch nicht Gerechtigkeit, sondern Sozialabbau ist das Ziel der Bundesregierung.

Denn mit den angekündigten Kürzungen bei den Zuschüssen für Zivildienststellen tritt die Bundesregierung nicht nur erneut die Gerechtigkeit mit den Füßen, sondern verschärft ihren Kurs des beispiellosen Sozialabbaus in der Gesellschaft.

(-/30. Juli 1993/ks/ks)

\*\*\*\*\*

**Die neue Lage auf dem Medienmarkt**

**Zu einem Aktionsprogramm der Kommission Medienpolitik beim SPD-Parteivorstand**

**Von Reinhard Klimmt  
Vorsitzender der Kommission Medienpolitik beim SPD-Parteivorstand und  
von Dr. Peter Gletz MdB  
Stellvertretender Vorsitzender der Kommission Medienpolitik beim SPD-Parteivorstand**

Der Medienmarkt der Bundesrepublik Deutschland ist in einem neuen Aggregatzustand. Drei Entwicklungen haben die Situation tiefgehend verändert: ein neuer, ungekannt scharfer Konkurrenzprozeß zwischen den Medien, eine Minderung der Qualitätsverantwortung bei einem Teil der Anbieter durch den Wettlauf um Auflagen und Einschaltquoten sowie eine erschreckende Abnahme des Respekts vor Privatheit und Intimsphäre. Die entstandene Lage verlangt eine prinzipielle Diskussion und Reaktion. Die Medienkommission der SPD macht in einem am 21. Juni 1993 beschlossenen Aktionsprogramm die folgenden Vorschläge, die sich in drei Komplexen zusammenfassen lassen:

1. Wir Sozialdemokraten wehren uns dagegen, daß der Prozeß der Machtkonzentration im Medienwesen schmerzlos als unvermeidlich akzeptiert wird. Wir fordern deshalb die rigorose Offenlegung sämtlicher Besitz- und Treuhandverhältnisse. Die Unabhängigkeit der Medien muß auch durch die Begrenzung des Einflusses anonymen Investmentgesellschaften gewahrt bleiben. Es ist zu gewährleisten, daß bei jeder Beteiligung der Name des Spiritus rector genannt wird.

Wir fordern weiter eine Begrenzung von Verflechtungen zwischen Anteilseignern von Printmedien und elektronischen Medien. Für die sogenannte Cross-Media-Ownership müssen Regelungen gefunden werden, die den amerikanischen vergleichbar sind.

Wir werden prüfen, inwieweit die Fusionskontrolle durch das Bundeskartellamt flankierend auch auf die privatrechtlichen elektronischen Medien Anwendung finden kann. Da nicht auszuschließen ist, daß die Standortkonkurrenz der Bundesländer untereinander eine wirksame Konzentrationskontrolle behindert, muß das Instrumentarium des Bundesrechtes - basierend auf dem Recht der Wirtschaft - subsidiär in petto gehalten werden.

2. Medienverantwortung darf nicht allein den Standortinteressen der einzelnen Länder und Kommunen unterworfen werden. Sinnvolle Kulturpolitik und zukunftsorientierte Strukturpolitik müssen miteinander in Einklang gebracht werden. Die Rundfunkverantwortung muß bei den Ländern bleiben, um die Vorteile einer in sich vielfältigen, kreativen Medienlandschaft zu sichern. Da die Lage auf dem Medienmarkt aber eine bewußtere Gestaltung, auch eine wirksamere Kontrolle verlangt, schlagen wir die Begründung einer Föderativen Rundfunkkoordination vor. Sie soll die Rundfunkaufsicht über die privaten Rundfunkveranstalter koordinieren, auf europäischer Ebene die Interessen der Länder vertreten und alle medien-spezifischen Aufgaben wahrnehmen, die derzeit zwischen den einzelnen Ländern und zwischen Bund und Ländern vagabundieren.

Die Föderative Rundfunkkoordination soll für Deutschland das leisten, was die Federal Communications Commission für die USA leistet, ohne daß eine direkte Analogie beabsichtigt ist. Mit ihrer Begründung würde in der Medienpolitik der Schritt getan, der in der Kulturpolitik durch die Begründung der Kultusministerkonferenz getan wurde. Es ist ein Schritt zum koordinierten Föderalismus. Der Medienkommission der SPD ist bewußt, daß die freie Entscheidung der Landesparlamente nicht durch Überkoordination eingeschränkt werden darf. Sie muß aber davon ausgehen, daß die Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse auch auf dem Feld der Medienpolitik einem Minimum an Planung und Koordination bedarf.

3. Die Medienkommission der SPD registriert besorgt die Zu- und Hinnahme von Gewalt und Aggressivität in weiten Teilen unserer Gesellschaft. Wir schließen uns nicht vorschnell einer allgemeinen Hysterie an, die monokausale Zusammenhänge zwischen Fernsehen und Gewalt konstruiert. Aber wir sind der Auffassung, daß die öffentliche Debatte über die Entwicklung der Massenmedien Fernsehen, Film und Video - insbesondere mit ihrer kommerzialisierten Variante - verstärkt und systematisiert werden muß.

Unsere Vorschläge lauten unter anderem:

- Wir fordern die systematische Einfügung des Umgangs mit Film-, Fernsehsendungen und Fernsehnachrichten in die Lehrpläne des Faches Deutsch.
- Wir verlangen von den Landesmedienanstalten, ihre in den Mediengesetzen festgelegten Kontroll- und Eingriffsmöglichkeiten zu nutzen, damit auch kommerzielle Veranstalter in ihrem Tages- und Abendprogramm den Anforderungen des Jugendschutzes entsprechen.
- Wir schlagen einen fünfköpfigen "Kommunikationsrat der Länder" vor. Der Bundesrat schlägt fünfzehn Kandidaten vor, aus denen der Bundesratspräsident fünf auswählt. Grundlage des Kommunikationsrats sollte ein Staatsvertrag der Länder sein. Die Aufgabe des Kommunikationsrats der Länder ist die Erstellung eines jährlichen Berichts, der Material über die Programmentwicklung des Berichtszeitraums und sachverständig fundierte Extrapolationen im Hinblick auf gesellschaftliche Wirkungen der Massenmedien enthalten muß, die Vergabe von Forschungsaufträgen in diesem Zusammenhang und die Anregung und Pflege der öffentlichen Debatte über die Entwicklung der Massenmedien Fernsehen, Film und Video.

Die SPD-Medienkommission ist sich bewußt, daß in den anderen demokratischen Parteien vergleichbare Diskussionen zur Situation der Medien geführt werden und wird nach der Sommerpause die Initiative zu parteiübergreifenden Gesprächen ergreifen.

(-/30. Juli 1993/ks/ks)

\*\*\*\*\*

### **Frauen müssen Ihre Macht begreifen**

**Zur Frauenpolitik der Sozialdemokratischen Partei Europas (SPE)**

**Von Karin Junker MdEP**

**Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF)**

Die Benachteiligung von Frauen in allen Lebensbereichen ist international. Eine Politik des Sozialabbaus, um der Rezession entgegenzuwirken, ist nicht nur in der Bundesrepublik Deutschland das Alibi der Konservativen und Wirtschaftsliberalen. Negativ betroffen sind, mal wieder, vor allem die Frauen, die Arbeitslosen, die Alleinerziehenden, die Altersarmen und so weiter. Was liegt also näher, als eine europaweite Strategie der politischen Gegenwehr von Frauen anzustreben?

Der Anfang ist gemacht: Frauen aus 17 Mitgliedsorganisationen der Sozialdemokratischen Partei Europas (SPE), die im vergangenen November in Den Haag aus der Taufe gehoben wurde, haben sich bei einem Treffen in Brüssel darauf verständigt, eine Art "Euro-ASF" zu gründen. Ein endgültiger Name muß noch gefunden werden. Das ist nicht leicht, denn er muß in alle neuen Amtssprachen der EG übersetzbar sein. Außerdem wurde eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die die Ausgestaltung der europäischen Sozialdemokratischen Frauenorganisation vorbereiten und inhaltliche Vorgaben erarbeiten soll, zum Beispiel für den Internationalen Frauentag 1994 und die bevorstehenden Europawahlen.

Eine gemeinsame Themenliste ist festgelegt:

- Beschäftigung/Arbeitslosigkeit
- soziale Sicherheit
- Gewalt gegen Frauen
- Selbstbestimmung (Schwangerschaftsabbruch)
- Beteiligung an der politischen Macht.

Hierzu sollen Wahlaussagen und entsprechende Info-Materialien erarbeitet werden, die europaweit eingesetzt werden sollen.

Alles in allem sind wir also auf einem guten Weg. Es kann die SPE als Partei nur stärken, wenn sie der Frauenpolitik einen hohen Stellenwert einräumt, denn sie wird sich in allen Ländern, in die ihre Verzweigung reicht, fragen lassen müssen, wie glaubwürdig sie Anspruch und Wirklichkeit vertritt.

Nicht nur das Kapital, auch das Patriarchat ist international. So wichtig und fortschrittlich nationale frauenpolitische Erfolge sein mögen, die Zeit des Nebeneinanderhergeräusches ist vorbei. Gemeinsame Strategien sind angesagt, um einen für alle verbindlichen Standard zu erreichen, damit Frauen nicht gegeneinander ausgespielt werden können. Dem Sog der Rezession muß ein Aufbruch der Frauen entgegengestellt werden, der die Heilrezepte der Reaktionäre als das entlarvt, was sie sind: Trickbetrug an Frauen.

Frauen müssen ihre Macht begreifen, als Mehrheit der europäischen Bevölkerung, als Mehrheit der Wahlberechtigten. Sie können, wenn Sie es wollen, allein mit den Stimmzetteln alle hinwegfegen, die ihre Macht zu Lasten von Frauen mißbrauchen.

(-/30. Juli 1993/ks/ks)

\*\*\*\*\*